



Bild: key/Peter Klauzner

## BILD DES TAGES

Ein Jungschwinger gestern am Chemihütte-Schwinget in Aeschi, Berner Oberland.

## INHALT

Wirtschaft .....	3
Schweiz .....	4
Im Interview .....	5
Ausland .....	6
<b>STADT</b> .....	9
Kultur .....	12
Agenda .....	18
<b>REGION</b> .....	19
Regionalkultur .....	22
Zürich .....	23
TV .....	25
Wetter .....	26
<b>SPORT</b> .....	27
Letzte .....	36
<b>INSERATE</b>	
Todesanzeigen .....	24
Immobilien .....	14
Eulach-/Fahrzeugmarkt .....	14
Veranstaltungen .....	17

## BEOBSACHTUNGEN DER LESERSCHAFT

Etwas gesehen oder gehört? Rufen Sie uns an: **052 266 99 50** (10–22 Uhr)

Haben Sie Fragen zu Ihrem «Landbote»-Abo? **0800 80 84 80** gibt Auskunft.

Schreiben Sie uns Ihre Meinung:  
**Der Landbote, Leserbriefe,**  
Postfach 778, 8401 Winterthur  
leserbriefe@landbote.ch

Diskutieren Sie online, indem Sie einen Artikel direkt auf unserer Website [www.landbote.ch](http://www.landbote.ch) kommentieren.

## ZITAT DES TAGES

“Die Bewohner der Alterszentren sollen möglichst so leben und auch so sterben können, wie sie wollen”

### Andreas Paintner

Der Leiter der Abteilung Alter und Pflege im Winterthurer Sozialdepartement erklärt, begleitete Suizide müssten zum Alltag in Altersheimen gehören.

Seite 11



## LESERFORUM

# Glasfasern kommen auch ohne Stadtwerk

**Die Swisscom wird sich bewegen müssen**, Ausgabe vom 22. September  
Dass der Stadtrat von Winterthur mittels Pressemitteilung eine Schriftliche Anfrage vom Gemeinderat innert zwei Tagen teilweise beantwortet, ist sehr ungewöhnlich. Eigentlich könnte er sich drei Monate Zeit lassen, um Grundsätzliches zur Glasfaserpolitik in Winterthur zu erörtern. Doch Stadtrat Matthias Gfeller flüchtet nach vorn, weil er seine Felle davonschwimmen sieht. Blenden wir zurück: 2007 stimmte die Stadtzürcher Bevölkerung über einen 200-Millionen-Kredit ab, um die Infrastruktur der Zukunft grosszügig auszubauen. Ein Postulat der SP-Fraktion im gleichen Jahr, das einen Ausbau auch in Winterthur forderte, wurde vom Gemeinderat

abgelehnt. Dennoch begann Stadtwerk trotz fehlendem politischem Auftrag mit präjudizierenden Glasfaserpilotprojekten. Stadtrat Gfeller wurde seither nicht müde, die «demnächst anstehende» Abstimmung über den Glasfaserausbau anzukündigen. Inzwischen wurden in diversen Städten Glasfaser-Ausbauprojekte angestossen – immer mit dem Verweis auf den Standortvorteil. Doch in Winterthur läuft auch Ende 2011 nur wenig. Der Kooperationsvorvertrag mit Swisscom ist nach der Intervention der Wettbewerbskommission (Weko) Makulatur. Swisscom-CEO Carsten Schlotter sagte an der Medienkonferenz zur Sistierung der Verträge: «Wir sind um zwei Jahre zurückgeworfen.» Weshalb der Stadtrat von einer

Verzögerung von bloss drei Monaten spricht, bleibt sein Geheimnis. Stadtwerk ist Mitglied im Glasfaserverband OpenAxs und betet dessen Lehrmeinung nach, die jedoch nur mit finanziellem Engagement der Energieversorger einigermaßen funktioniert. Ein Blick zu deutschen Stadtwerken würde zeigen, dass man mit anderem Konzept erfolgreich Glasfasern und schnelles Internet betreiben könnte. Doch der Stadtrat verschliesst sich diesen Argumenten, die ich seit 2009 in einer Interpellation und zwei Schriftlichen Anfragen vorgebracht habe. Das angekündigte Glasfaserprojekt von Stadtwerk wird mit jedem weiteren Tag Verzögerung unglauwbwürdiger. Aus finanzpolitischen Überlegungen gibt es nur einen Weg: Stadtwerk

beendet das Glasfaserabenteuer und überlässt das Feld der Swisscom. Der Telekomregulator wird ein Auge drauf haben, dass die gebauten Fasern allen Anbietern zu gleichen und fairen Konditionen offenstehen, und auch Swisscom hat sich dazu verpflichtet. Für einen funktionierenden Wettbewerb braucht es Stadtwerk nicht. Glasfasern kommen so oder so nach Winterthur, egal wie eine allfällige Volksabstimmung ausgeht. Bleibt Stadtwerk abseits, dauert es einfach etwas länger, bis auch das letzte Winterthurer Quartier versorgt ist. Dafür würden Millionen von «verlochten» Gebührenfranken gespart.

Fredy Künzler, Winterthur, Gemeinderat SP

## HEUTE VOR 7 JAHREN

### Versicherung für Mütter angenommen

Am 26. September 2004 hat das Schweizer Stimmvolk die Mutterschaftsentschädigung angenommen. Seit 1945 bestand der Verfassungsauftrag, eine Mutterschaftsversicherung einzuführen. Der politische Wille dazu fehlte jedoch. Die Mutterschaftsversicherung gilt in der Schweiz nur für die berufstätigen Frauen: Sie erhalten im 14-wöchigen Mutterschaftsurlaub mindestens 80 Prozent ihres letzten Lohnes. (red)



Versicherung auch für die werdende Mutter am Induktionsherd. Bild: pd

## Unselige Frankenleihen

Schon öfters fragte ich mich: Mit welchem Recht kann jemand mein Geld benützen ohne mein Wissen? Dies machen nämlich die österreichischen Banken und auch österreichische Bankenbeteiligungen ausserhalb Österreichs. Haben diese Banken die schweizerischen Behörden oder unsere Nationalbank angefragt, ob sie Kredite in Franken gewähren dürfen? Anfang August publizierte die österreichische Presse, dass alleine in Österreich 19 Milliarden Euro Schaden resultieren würde, müsste

man die Frankenleihen auf einmal auflösen. Es sind aber noch in verschiedenen anderen Staaten wie Polen oder Ungarn enorme Mengen Frankenleihen in Umlauf. Die österreichischen Banken gaukelten der ahnungslosen und an die «freie» Wirtschaft nicht gewohnte Bevölkerung eine höhere Sicherheit und Stabilität vor. Die Kredite wurden in der Landeswährung festgelegt, umgerechnet in Schweizer Franken und dann in der Landeswährung zur Verfügung gestellt. Die Wechselkurse

wurden äusserst willkürlich zugunsten der Banken berechnet. Die Zinsen für diese Leihen stützten sich nicht auf die Vorgaben unserer Nationalbank, sondern auf die recht hohen lokalen Zinsen. Die österreichischen Banken und ihre Beteiligungen heimsten so enorme Gewinne ein. Da diese unseligen Frankenleihen in aller Munde sind, ist dies eine Rufschädigung für die Schweiz. Was gedenken unsere Behörden zu unternehmen?

Ajtony Ormos, Winterthur

## Ausländer im eigenen Land?

Verwundert lese ich als Österreicher auf einem Wahlplakat: «Schweizer wählen SVP». Bedeutet das, dass zwei Drittel der Schweizer und Schweizerinnen keine (richtigen) Schweizer sind? Wenn das so ist, dann kann ich diesen zwei Dritteln der Schweizer und Schweizerinnen nur raten, aufzupassen, dass sie nicht zu Ausländern im eigenen Land (gemacht) werden. Übrigens: Jeder Mensch ist Ausländer – fast überall auf der Welt.

Franz Nikolaus Müller, Winterthur

## HEUTE AUF WWW.LANDBOTE.CH

### AKTUELL

#### Politikertreffen in der EU

In Brüssel treffen sich die Aussenminister der EU, während das Parlament für eine Woche in Strassburg tagt.

### AKTUELL

#### Gelder für die Kultur

Der Nationalrat diskutiert, wie verschiedene Kulturbereiche in den nächsten drei Jahren unterstützt werden sollen.

### AKTUELL

#### Gemeinsame Forschung

Die Universität Zürich und die ETH stellen ihr gemeinsames Bildungs- und Forschungszentrum vor.

### WAHLEN

#### Die passenden Politiker

Mit Hilfe eines Fragebogens erstellen Sie Ihr politisches Profil und finden geeignete National- und Ständeratskandidaten.

